



Medienmitteilung

Zürich, 11. Dezember 2020

Zustimmung zum Verpflichtungskredit für das Covid-19-Härtefallprogramm beantragt

Die Finanzkommission hat sich einstimmig für einen Verpflichtungskredit für das Covid-19-Härtefallprogramm des Kantons Zürich ausgesprochen ([5663](#)). Zur Kredithöhe und Umsetzung der Vorlage gibt es allerdings verschiedene Minderheitsanträge. Einig ist sich die Kommission, dass die Brancheneinschränkung in Abweichung zum Vorschlag des Regierungsrates aufgehoben werden soll.

Aufgrund der Eile, die diesem Notfallprogramm zugrunde liegt, hat die Finanzkommission (FIKO) die Vorlage, die bereits am kommenden Montag im Kantonsrat traktandiert ist, in kürzester Zeit durchberaten. Die Kommission hat dabei insbesondere Änderungen vorgenommen, die infolge der Anpassung auf nationaler Ebene (definitive Verordnung zum Covid-19-Gesetz) nötig wurden. Im Gegensatz zum Regierungsrat will die FIKO die Brancheneinschränkung aufheben. Alle Unternehmen, welche wegen Covid-19-Massnahmen Einschränkungen erfahren haben und mehr als 50 Prozent an Umsatz eingebüsst haben, sollen vom Härtefallprogramm profitieren. Dabei sollen sie À-fonds-perdu-Beiträge bis 400'000 Franken sowie Darlehen bis 500'000 Franken beziehen können.

Eine GLP-Minderheit beantragt, dass nur À-fonds-perdu-Beiträge bis 400'000 Franken gesprochen werden und auf das Instrument von Krediten verzichtet wird. Eine SP-Minderheit möchte, dass die Kombination von À-fonds-perdu Beiträgen und Darlehen bei 500'000 Franken gedeckelt wird.

Die Kommissionsmehrheit beantragt in Abweichung zum Antrag des Regierungsrates, dass Entschädigungen für Kurzarbeit und Covid-19-Erwerbsersatz in den Umsatz einzubeziehen sind. Eine Minderheit aus SP und Grünen lehnt dies ab. Einig ist sich die FIKO darin, dass nur Einzelunternehmerinnen und -unternehmer bis zu einem Höchstalter von 67 Jahren am Programm teilnehmen können. Die Kommission hat zudem auf Anraten des Regierungsrates die Ausfallwahrscheinlichkeit für Kredite auf 80% erhöht, während die Minderheit aus SP und Grünen die Ausfallwahrscheinlichkeit nur auf 70% erhöhen möchte.

Den Verpflichtungskredit zulasten der Investitions- bzw. Erfolgsrechnung beantragt die Kommission wie die Regierung auf netto 125 Millionen Franken festzulegen. Damit betrüge die gesamte zur Verfügung stehende Ausgabensumme, einschliesslich des Bundesbeitrags, rund 261 Millionen Franken. Grüne und SP fordern als Folgeminderheitsantrag einen Verpflichtungskredit von netto 165 Millionen Franken (gesamte Ausgabensumme: rund 301 Millionen Franken), die GLP beantragt einen Verpflichtungskredit von netto gut 69 Millionen Franken (gesamte Ausgabensumme: 205 Millionen Franken).

Kontakt:

Kommissionspräsident: Tobias Langenegger (SP, Zürich), 079 274 09 50